

PRESSEMITTEILUNG

Saarländischer Städte- und Gemeindetag: Saarländische Oberbürgermeister/in und Bürgermeister/innen zeigen hohes Engagement bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen

Das Präsidium des Saarländischen Städte- und Gemeindetages (SSGT) hat in seiner Sitzung am 2. September 2015 ausführlich über die Thematik der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in den saarländischen Städten und Gemeinden beraten. Dies berichteten der Präsident des SSGT, Oberbürgermeister Klaus Lorig (CDU), Völklingen, und der Stellvertretende Präsident, Oberbürgermeister Jürgen Fried (SPD), Neunkirchen, gegenüber Medienvertretern.

Mit großem Unverständnis und Ärger hat das Präsidium des SSGT dabei die Aussagen der Vorsitzenden des Landesverbandes Saarland von Bündnis 90 / Die Grünen, Claudia Willger, in der Saarbrücker Zeitung vom 2. September 2015 zur Kenntnis genommen, wonach viele Bürgermeister zunächst gegen die Aufnahme von Flüchtlingen Front gemacht hätten. „Diese Äußerung zeigt, wie wenig Ahnung selbst eine Kommunalpolitikerin davon hat, was die Gesamtheit aller saarländischer Städte und Gemeinden in den letzten Monaten alles geleistet hat, um die zugewiesenen Flüchtlinge angemessen unterzubringen und zu betreuen.“, so Klaus Lorig. Jürgen Fried ergänzte, dass die Aussage von Bündnis 90 / Die Grünen fern jeglicher Realität sei. Das Landesaufnahmegesetz verpflichte Städte und Gemeinden, die ihnen zugewiesenen Flüchtlinge unterzubringen. Diese Aufgabe würde in den saarländischen Kommunen sachgerecht, engagiert und effektiv – wenn auch weitgehend geräuschlos – erfüllt. „Festzustellen ist, dass Land und Kommunen gemeinsam und erfolgreich große Anstrengungen bei der Unterbringung und der Betreuung von Flüchtlingen erbringen!“, so Lorig und Fried übereinstimmend.

Beide SSGT-Vertreter berichteten weiter, dass in der derzeitigen Situation viele Städte und Gemeinden beklagen, dass sie keine eigenen Sozialämter mehr haben. Deshalb müssten vielfach in anderen Abteilungen der Gemeindeverwaltungen Mitarbeiter freigestellt werden, um sich statt ihres eigentlichen Aufgabengebiets um die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen zu kümmern. „Alle saarländischen Stadt- und Gemeindeverwaltungen sind schon lange dazu übergegangen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

die eigentlich mit anderen Aufgaben betraut sind, ausschließlich mit der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen zu befassen.“ Viele Bauhöfe in den Gemeinden würden zwischenzeitlich eher als Umzugsunternehmen eingesetzt. Zudem müssten vielerorts zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Aufgaben der Flüchtlingsbetreuung eingestellt werden. Für deren Finanzierung kämen weder Land noch Bund auf. Hier müsse vom Bund als erster Schritt zumindest die Zahlung einer Pauschale für den zusätzlichen Verwaltungsaufwand der Kommunen gefordert werden.

Wenn stattdessen – wie in der jüngeren Vergangenheit mehrfach – zu hören sei, dass sich Städte und Gemeinden zu viel Personal leisteten, könne dies in der momentanen Situation nur auf Unverständnis stoßen, führte Oberbürgermeister Lorig aus.

Die saarländischen Städte und Gemeinden gingen mit großem Engagement die Mammutaufgabe der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen an und überschritten häufig jetzt schon die Grenze dessen, was eigentlich leistbar sei. „Auch wenn die saarländische Landesregierung die saarländischen Städte und Gemeinden durch eine Vielzahl von Maßnahmen unterstützt, benötigen die Kommunen dringend eine deutlich größere finanzielle Unterstützung seitens des Bundes. Weder die akut anstehende Aufgabe der Unterbringung, noch die langfristig zu bewältigende Aufgabe der Integration einer solchen Vielzahl von Flüchtlingen in die saarländische Gesellschaft können ohne weitere Unterstützung von Seiten des Bundes bewältigt werden“, betonten Lorig und Fried einstimmig.

Saarbrücken, den 3. September 2015